



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Sommersession des Nationalrates:

Sommersession 2026: Politik am Siedepunkt

Thürnen, 20. Juni 2026

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, Kolleginnen und Kollegen

Die Sommersession des Nationalrats machte ihrem Namen alle Ehre: Während draussen die Temperaturen in die Höhe kletterten, stiegen drinnen im Bundeshaus mitunter auch die Emotionen. Zwischen hitzigen Wortgefechten und ebenso erhitzten Gemütern wurden zahlreiche Vorlagen beraten, gestritten und entschieden. Dieser Rückblick nimmt Sie mit durch eine Session, in der nicht nur das Wetter für rote Köpfe sorgte, sondern auch die politischen Debatten – und zeigt auf, welche Themen besonders viel Energie freigesetzt haben.

Ständemehr im Fokus: Die offene Verfahrensfrage – Pa.IV. SPK-S (26.425)

Im Zentrum der Diskussion steht die Frage, ob ein Ständemehr erforderlich ist. Ein besonders prägnantes Beispiel lieferte der Ständerat bei der Behandlung der Parlamentarischen Initiative der SPK-S (A. Caroni) : Ausgehend von einem Ordnungsantrag zur Streichung bzw. Absetzung von der Traktandenliste entwickelte sich im Ständerat eine rund anderthalbstündige, ungewöhnlich engagierte und auch emotionale Debatte. Am Ende wurde das Geschäft an die zuständige Kommission zurückgewiesen. Damit ist klar: Bis zur allfälligen Volksabstimmung dürften weitere prozedurale Klärungen notwendig sein. Persönlich bin ich überzeugt, dass nicht die juristischen, sondern vor allem die politischen Argumente überwiegen sollten.

AHV-Finanzierung: Mehrwertsteuer statt strukturelle Reformen (24.073)

Die Finanzierung der 13. AHV-Rente entwickelte sich in der Sommersession zu einem dramatischen Geschäft – geprägt von knappen Entscheiden, taktischen Wendungen und grundsätzlichen Richtungsfragen.

Im Zentrum stand zunächst eine Mischfinanzierung (höhere Mehrwertsteuer + zusätzliche Lohnprozent), wie sie besonders der Ständerat favorisierte. Letztere hätten die arbeitende Bevölkerung direkt belastet und waren entsprechend umstritten.

Dies führte zu äusserst knappen Abstimmungen. Im Nationalrat scheiterte die Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,2 Prozentpunkte mit 98 zu 96 Stimmen. Die Ablehnung dieser Mischfinanzierung verhinderte vorerst eine zusätzliche Belastung der Erwerbstätigen.

Parallel vollzog die GLP eine Kehrtwende und unterstützte schliesslich eine unbefristete Mehrwertsteuererhöhung. Dieser Positionswechsel ermöglichte die Mehrheiten für die gewählte Lösung. In den Schlussabstimmungen bestätigten die Räte den Kompromiss deutlich (Nationalrat: 108 zu 85 Stimmen).

Das Parlament setzte also letztlich einseitig auf eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer, während die Mischlösung mit Lohnprozenten verworfen wurde. Die FDP blieb die einzige Fraktion, die die Mehrwertsteuererhöhung geschlossen ablehnte. Aus unserer Sicht führt der Ansatz zu neuen Belastungen, ohne die strukturellen AHV-Probleme zu lösen. Wir halten daher an unserer Linie fest: Zusätzliche Einnahmen (Konsum oder Arbeit) ersetzen keine nachhaltigen strukturellen Reformen. Es braucht Anpassungen, um die AHV langfristig zu sichern und die arbeitende Bevölkerung sowie das Gewerbe vor wachsender Belastung zu schützen.

Genug Winterstrom dank Technologieoffenheit (25.068)

Die Debatte rund um die Blackout-Initiative ist im Kern die Frage nach der Stromversorgungssicherheit in der Schweiz. Nach mehreren Beratungsrunden und einem knapp gescheiterten Rückweisungsantrag von Links-Grün, der von Teilen der Mitte und der GLP unterstützt wurde, hat sich die energiepolitische Vernunft dank einer geschlossenen FDP durchgesetzt. Das bestehende Neubauverbot für Kernkraftwerke soll im Kernenergiegesetz gestrichen werden. Dies macht den Weg frei für eine nachhaltige Energiepolitik. Wir werden uns auch im Hinblick auf die Volksabstimmung klar dafür einsetzen, denn Versorgungssicherheit – insbesondere in den Wintermonaten – betrifft uns alle.

Unheilige Allianz gegen den Freihandel mit Mercosur (26.033)

Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten hätte das Schweizer Freihandelsnetz entscheidend erweitert und den Zugang zu einem Markt von rund 270 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten verbessert. Gerade für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft wäre dies ein wichtiger Schritt gewesen, um im globalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten – insbesondere gegenüber der EU, die bereits heute privilegierten Marktzugang in den Mercosur-Ländern genießt.

Umso bemerkenswerter ist der Ausgang der Abstimmung im Nationalrat: Eine ungewöhnliche Allianz aus SVP, Mitte und links-grünen Parteien brachte das Abkommen zu Fall. Diese Konstellation wirkt politisch widersprüchlich: Gerade die SVP fordert in der öffentlichen Debatte regelmässig den Ausbau von Handelsbeziehungen ausserhalb der EU. Dass sie nun ein entsprechendes Abkommen zu Fall bringt ist eine Enttäuschung.

Die FDP hingegen hat das Abkommen konsequent unterstützt und sich als einzige Partei klar zum Freihandel bekannt. Nach dem negativen Entscheid im Nationalrat liegt es nun am Ständerat, dieses Signal zu korrigieren und den Weg für das Abkommen wieder zu öffnen.

Ausserordentliche Session Sicherheit: FDP fordert mehr Konsequenz im Vollzug (26.9018)

In der ausserordentlichen Session «Sicherheit» setzte die FDP im Asyl- und Ausländerbereich klare Schwerpunkte und unterstützte gezielt Vorstösse für einen konsequenteren Vollzug. Im Zentrum standen Massnahmen gegen kriminelle Asylsuchende – etwa der Ausschluss aus dem Asylverfahren, der Entzug bestehender Aufenthaltsrechte sowie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit bis zur Ausschaffung.

Weiter sprachen wir uns für Einschränkungen beim Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene sowie für einen verbesserten Datenaustausch zwischen Behörden aus, um illegale Aufenthalte besser zu erfassen und Wegweisungen effizienter durchzusetzen.

Mit der Motion (26.3643) fordert wir die Verschärfung der Landesverweisung und dass rechtskräftige Wegweisungen schweizweit einheitlich vollzogen und Rückführungen beschleunigt werden.

Zudem soll die Zusammenarbeit mit Schengen/Dublin-Partnern, der EU und Frontex konsequent genutzt werden. Wir unterstreichen damit, dass rechtsstaatliche Entscheide auch konsequent umgesetzt werden. Dieser Ansatz wurde durch weitere Forderungen der FDP ergänzt, etwa nach einer nationalen Taskforce im Asyl- und Ausländerbereich zur besseren Koordination zwischen Bund und Kantonen.

Meine eingereichten Vorstösse:

Motion 26.3631: Schweizerkreuz schützt die Glaubwürdigkeit des Standorts Schweiz

Mit meiner Motion fordere ich, dass das Schweizerkreuz künftig konsequent Produkten vorbehalten bleibt, die tatsächlich in der Schweiz hergestellt werden. Konkret soll verhindert werden, dass bei im Ausland produzierten Waren das Schweizerkreuz verwendet werden darf, selbst wenn einzelne Elemente wie Forschung oder Design in der Schweiz erbracht wurden.

Anlass ist eine Praxisänderung des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum, die genau dies neu zulässt und damit die Aussagekraft des Schweizerkreuzes verwässert.

Die Motion zielt darauf ab, die Glaubwürdigkeit und den Wert des Labels «Schweiz» zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern – insbesondere für KMU, die ihre Produkte tatsächlich im Inland herstellen und auf eine klare, glaubwürdige Herkunftsbezeichnung angewiesen sind.

Interpellation 26.3689: Negativtrend in der Pharmaindustrie im Fokus

Mit meiner Interpellation habe ich den Bundesrat aufgefordert, den anhaltenden Negativtrend in der chemisch-pharmazeutischen Industrie vertieft zu analysieren und konkrete Massnahmen zu prüfen. Hintergrund sind rückläufige Wertschöpfung und sinkende Exporte in einem für die Schweiz zentralen Wirtschaftssektor.

Ziel des Vorstosses ist es, die Ursachen dieser Entwicklung zu klären, die möglichen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft einzuschätzen und aufzuzeigen, wie die Rahmenbedingungen – etwa durch weniger Regulierung oder besseren Marktzugang – gezielt verbessert werden können.

Nach intensiven Debatten, knappen Entscheiden und einigen politischen Wendungen ging die Sommersession zu Ende. Bevor es jedoch ganz ruhig wird im Bundeshaus, steht noch eine Sitzung der Wirtschaftskommission (WAK) an. Danach folgt jedoch eine wohlverdiente Verschnaufpause. Zeit, etwas Abstand zu gewinnen, die Batterien wieder aufzuladen – und vielleicht den einen oder anderen hitzigen Moment der letzten Wochen bei sommerlichen Temperaturen in einen kühleren Kontext zu stellen. Damit wir dann alle nach der Sommerpause wieder mit Vollgas durchstarten können!

Herzlich,

Daniela Schneeberger
Daniela Schneeberger

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

